



Detailansicht des Registereintrags

LSVD+ - Verband Queere Vielfalt

Stand vom 03.06.2025 11:39:49 bis 10.06.2025 15:24:27

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R000374
Ersteintrag:	09.02.2022
Letzte Änderung:	03.06.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	03.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	<p>Adresse: Rheingasse 6 50676 Köln Deutschland</p> <p>Telefonnummer: +492219259610 E-Mail-Adressen: lsvd@lsvd.de Webseiten: http://lsvd.de</p>
Hauptstadtrepräsentanz:	<p>Almstadtstr. 7 10119 Berlin</p> <p>Telefonnummer: +493078954778 E-Mail-Adresse: presse@lsvd.de</p>
Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):	
Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24	
Öffentliche Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen	

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

40.001 bis 50.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,80

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Henny Engels

Funktion: Mitglied im Bundesvorstand

2. Philipp Braun

Funktion: Mitglied im Bundesvorstand

Tätigkeit:

Referent

im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) oder dessen Geschäftsbereich

3. Patrick Dörr

Funktion: Mitglied im Bundesvorstand

4. Andre Lehmann

Funktion: Mitglied im Bundesvorstand

Tätigkeit bis 04/25:

Büroleiter

für ein Mitglied des Deutschen Bundestages

5. Alva Katharina Träbert

Funktion: Mitglied im Bundesvorstand

6. Dr. Jörg Hutter

Funktion: Mitglied im Bundesvorstand

7. Erik Jödicke

Funktion: Mitglied im Bundesvorstand

8. Julia Monro

Funktion: Mitglied im Bundesvorstand

9. Tim Stefaniak

Funktion: Mitglied im Bundesvorstand

10. Alexander Vogt

Funktion: Mitglied im Bundesvorstand

11. Michelle Kortz

Funktion: Mitglied im Bundesvorstand

Tätigkeit:

Referentin

für ein Mitglied des Deutschen Bundestages

12. Christian Gladel

Funktion: Mitglied im Bundesvorstand

13. Christina Friederike Isabel Klitzsch-Eulenburg

Funktion: Mitglied im Bundesvorstand

14. Angela Brigitte Hermann

Funktion: Mitglied im Bundesvorstand

Tätigkeit:

Bürosachbearbeiterin

im Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) oder dessen Geschäftsbereich

15. Leon Dietrich

Funktion: Mitglied im Bundesvorstand

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (18):

1. Klaus Jetz

2. Kerstin Thost

3. Theresa Richarz

4. Henny Engels

5. Philipp Braun

Tätigkeit:

Referent

im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) oder dessen Geschäftsbereich

6. Patrick Dörr

7. Andre Lehmann

Tätigkeit bis 04/25:

Büroleiter

für ein Mitglied des Deutschen Bundestages

8. Alva Katharina Träbert

9. Dr. Jörg Hutter

10. Erik Jödicke

11. Julia Monro

12. Tim Stefaniak

13. Alexander Vogt

14. Michelle Kortz

Tätigkeit:

Referentin

für ein Mitglied des Deutschen Bundestages

15. Christian Gladel

16. Christina Friederike Isabel Klitzsch-Eulenburg

17. Angela Brigitte Hermann

Tätigkeit:

Bürosachbearbeiterin

im Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) oder dessen Geschäftsbereich

18. Leon Dietrich

Gesamtzahl der Mitglieder:

4.402 Mitglieder am 31.12.2024, davon:

4.282 natürliche Personen

120 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (18):

1. Allianz Rechtssicherheit
2. Berliner CSD e.V.
3. BISS Bundesinteressenvertretung schwuler Senioren e.V.
4. Bundesarbeitsgemeinschaft Schwuler und Lesbischer Paare SLP
5. Bundesverband Beratung für NS-Verfolgte
6. Bundesverband Trans* BVT*
7. Bundesforum Familie
8. Bundesforum Männer
9. Centrum Schwule Geschichte
10. Der Paritätische Gesamtverband
11. Deutsches Institut für Menschenrechte
12. Forum Menschenrechte
13. ILGA International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans and Intersex Association
14. NELFA Network of European LGBTIQ* Families Associations
15. Schwules Museum Berlin
16. Queeres Netzwerk NRW
17. Jugendnetzwerk Lambda
18. VENRO Bundesverband entwicklungspolitischer und humanitärer Nichtregierungsorganisationen

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (29):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik; Internationale Beziehungen; Menschenrechte; Entwicklungspolitik; EU-Gesetzgebung; Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Diversitätspolitik; Familienpolitik; Geschlechterpolitik; Kinder- und Jugendpolitik; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen"; Gesundheitsversorgung; Extremismusbekämpfung; Kriminalitätsbekämpfung; Opferschutz; Asyl und Flüchtlingsschutz; Ausländer- und Aufenthaltsrecht; Integration; Migration; Rechtspolitik; Strafrecht; Zivilrecht; Sonstiges im Bereich "Recht"; Breitensport; Profisport; Sonstiges im Bereich "Sport, Freizeit und Tourismus"; Nichtdiskriminierung

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) ist ein Bürgerrechtsverband, er vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).

Menschenrechte, Vielfalt und Respekt: Wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden. Eine demokratische Gesellschaft muss für alle das Recht durchsetzen, jederzeit und an jedem Ort ohne Angst anders sein zu können. Voraussetzung für ein selbstbestimmtes und angstfreies Leben ist die volle rechtliche Gleichstellung. Wir treten ein für eine Gesellschaft, die Selbstbestimmung und eine Vielfalt an Lebensweisen als Bereicherung erkennt und wertschätzt.

Konkrete Ziele sind u.a. die Ergänzung von Art. 3 Grundgesetz um das Merkmal der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität, ein umfassender rechtlicher Diskriminierungsschutz, Aktionspläne für Akzeptanz und Vielfalt auf nationaler und auf Länderebene, die rechtliche und gesellschaftliche Anerkennung von Regenbogenfamilien, die Durchsetzung des Rechts auf geschlechtliche Selbstbestimmung, LSBTI-inklusive Bildungspläne, eine Flüchtlingspolitik, die verfolgten LSBTI Schutz und Perspektiven bietet sowie eine Außen- und Entwicklungspolitik, die die Achtung der Menschenrechte von LSBTI auf EU-Ebene und weltweit voranbringt.

Mit unserer Arbeit verschaffen wir LSBTI eine Stimme in der Gesellschaft, in Politik und Institutionen. Wir widersprechen homosexuellenfeindlichen und transphoben Parolen, arbeiten für einen wirksamen Schutz vor diskriminierenden Handlungen und Gewalt, informieren Politik und Öffentlichkeit und werden gehört, wenn es um die Belange von LSBTI geht: im Bundestag, vom Bundesverfassungsgericht, in den Medien, in der Öffentlichkeit, in Ministerien, bei Parteien, Gewerkschaften und Verbänden. Mit Kampagnen, Aktionen, Veranstaltungen und Stellungnahmen leisten wir Überzeugungsarbeit, um parlamentarische und gesellschaftliche Mehrheiten für Menschenrechte, Vielfalt und Respekt zu gewinnen.

Konkrete Regelungsvorhaben (13)

1. Reform des Abstammungsrechts

Beschreibung:

Diskriminierungsfreie Neuregelung des Abstammungsrecht, die die Zuordnung eines zweiten Elternteils unabhängig vom Geschlecht des zweiten Elternteils und Elternschaftsvereinbarungen ermöglicht.

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]; PStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Familienpolitik [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. [SG2406190194](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.05.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]
Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BM) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. [SG2406200046](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.04.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
Gremien [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]
Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BM) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. [SG2502110012](#) (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.10.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
(BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. Novellierung des Gesetzes zum Schutz vor Konversionsbehandlungen**Beschreibung:**

Reform des Gesetzes zum Schutz vor Konversionsbehandlungen, die Strafausnahmen für Familienangehörige aufhebt und Schutz auch von erwachsenen Personen sicherstellt.

Betroffenes geltendes Recht:

KonvBehSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406190192 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.03.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]
Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

Versendet am 25.03.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

3. Ergänzung von Artikel 3 Abs. 3 GG explizit um LSBTIQ***Beschreibung:**

Ergänzung von Artikel 3 Abs. 3 GG explizit um LSBTIQ*

Betroffenes geltendes Recht:

GG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Nichtdiskriminierung

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406200041 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.05.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)

Beschreibung:

Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) in Bezug auf die Kompetenzen der ADS, Ausweitung des Geltungsbereiches auf staatliche Stellen, Verbandsklagerecht, um mehr Diskriminierungskategorien und -formen, Kirchenprivilegien an EU-Richtlinien anpassen, Beweislasterleichterung erweitern, Entschädigungen abschreckend gestalten, Geltendmachenfrist anheben

Betroffenes geltendes Recht:

AGG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Nichtdiskriminierung

5. Einführung und Beibehaltung eines Selbstbestimmungsgesetzes

Beschreibung:

Ersetzung des sogenannten Transexuellengesetzes und von Personenstandsgesetz §45b durch ein diskriminierungsfreies Selbstbestimmungsgesetz zur möglichen Nutzung durch alle trans*, nicht-binären und intergeschlechtlichen Menschen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/9049 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag und zur Änderung weiterer Vorschriften

1. Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMFSFJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

PStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406190190 \(PDF - 2 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.04.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [[alle SG dorthin](#)]

Gremien [[alle SG dorthin](#)]

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

Organe [[alle SG dorthin](#)]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BM) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

6. Verhinderung der Bestimmung Georgiens und der Republik Moldau als sichere Herkunftsstaaten

Beschreibung:

Verhinderung der Bestimmung Georgiens und der Republik Moldau als sichere Herkunftsstaaten.

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 20/8629 \(Vorgang\)](#) [[alle RV hierzu](#)]

Entwurf eines Gesetzes zur Bestimmung Georgiens und der Republik Moldau als sichere Herkunftsstaaten

Zuständiges Ministerium: [BMI \(20. WP\)](#) [[alle RV hierzu](#)]

Betroffenes geltendes Recht:

[AsylVfG 1992](#) [[alle RV hierzu](#)]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [[alle RV hierzu](#)]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [[alle RV hierzu](#)]; Menschenrechte [[alle RV hierzu](#)]

7. Berücksichtigung von queeren Personen im Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan und Weiterführung des Programms

Beschreibung:

Berücksichtigung von queeren Personen im Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan und Weiterführung des Programms

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Nichtdiskriminierung

8. Haushaltsförderung von Demokratieprojekten

Beschreibung:

Haushaltsförderung von Demokratieprojekten

Interessenbereiche:

Rechtspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406250201 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
(BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

9. Weiterführung und ausreichende Finanzierung des Aktionsplans "Queer leben"

Beschreibung:

Ausreichende Finanzierung des Aktionsplans "Queer leben"

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/4573 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Aktionsplan der Bundesregierung für Akzeptanz und Schutz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt - Queer leben

Zuständiges Ministerium: BMFSFJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Nichtdiskriminierung

10. TIN*-Gesundheitsversorgung durch Krankenkassen abdecken

Beschreibung:

Die Kostenübernahme von geschlechtsangleichenden Maßnahmen durch die GKV muss gestärkt werden. Das Urteil des Bundessozialgerichts vom 19.10.2023 (B 1 KR 16/22 R), das zur Kostenübernahme für geschlechtsangleichende Operationen von nicht-binären Personen eine neue Richtlinie bzw. Empfehlung durch den Gemeinsamen Bundesausschuss (GBA) voraussetzt, verstärkt an dieser Stelle den Handlungsdruck.

Interessenbereiche:

Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Nichtdiskriminierung

11. LSBTIQ*-Geflüchtete bei der Implementierung von GEAS beachten

Beschreibung:

Es darf nicht sein, dass die EU queere Menschen, die bei uns Schutz suchen, zukünftig an ihren Außengrenzen inhaftiert, Asyl-Anträge großenteils nicht inhaltlich prüfen lässt und sie dann in vermeintlich sichere Drittstaaten abschiebt. Um einen angemessenen Schutz für LSBTIQ*-Asylsuchende sicherzustellen, müssen Minimalstandards eingehalten werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13963 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des nationalen Rechts an die Reform des

Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS-Anpassungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Diversitätspolitik [alle RV hierzu];

Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Nichtdiskriminierung

12. Anpassung der Strafprozessordnung von LSBTIQ*-feindlichen Straftaten

Beschreibung:

Nun muss auch die Rechtsanwendung dementsprechend angepasst werden, namentlich die Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren sowie die Strafprozessordnung, denen die Beamte*innen bei ihrer täglichen Dienstausführung verpflichtet sind. Dort muss nun festgelegt werden, dass LSBTIQ*-Feindlichkeit als Motiv untersucht und in der Strafzumessung angemessen berücksichtigt werden muss.

Betroffenes geltendes Recht:

StPO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu];

Kriminalitätsbekämpfung [alle RV hierzu]; Strafrecht [alle RV hierzu]; Nichtdiskriminierung

13. LSBTIQ-Communitys im Ausland unterstützen

Beschreibung:

Mindestens 0,5 % der Gelder in der bilateralen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit sollten in LSBTIQ*-spezifische Projekte fließen. Wir regen an, dass die Bundesregierung dem Beispiel Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas oder der USA folgt und eine*n Sonderbeauftragte*n für LSBTIQ* und Menschenrechte ernennt.

Interessenbereiche:

Internationale Beziehungen [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (3):

1. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 250.001 bis 260.000 Euro

Projekt des Familien- und Sozialvereins des LSVD "Fluchtgrund Queer: Queer Refugees Deutschland"

2. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 470.001 bis 480.000 Euro

Projekt des Familien- und Sozialvereins des LSVD "Kompetenznetzwerk Abbau Homosexuellen- und Transfeindlichkeit"

3. Institut für Auslandsbeziehungen

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Familien- und Sozialverein des LSVD als Gastorganisation im Rahmen der Elisabeth-Selbert-Initiative

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

100.001 bis 110.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (1):

1. Estee Launders Companies GmbH

Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro

einmalige Zuwendung

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

440.001 bis 450.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[LSVD-Jahresabschluss-2024.pdf](#)

Eigener Verhaltenskodex

[Wir-verpflichten-uns-zu-Transparenz.pdf](#)